



# Empfehlungen zum Umgang mit der AfD



**Lebenshilfe**  
Teilhabe  
statt Ausgrenzung

## **Impressum**

Bundesvereinigung Lebenshilfe e.V.  
Raiffeisenstraße 18  
35043 Marburg  
Tel. 06421 491-0, Fax 06421 491-167

Hermann-Blankenstein-Straße 30  
10249 Berlin  
Tel. 030 206411-0, Fax 030 206411-204

[bundesvereinigung@lebenshilfe.de](mailto:bundesvereinigung@lebenshilfe.de)  
[www.lebenshilfe.de](http://www.lebenshilfe.de)

Zeichnungen: © Reinhild Kassing

Titelfoto: © Bundesvereinigung Lebenshilfe e.V.

Stand: März 2021

## Zusammenfassung in einfacher Sprache:

Die Lebenshilfe setzt sich für Menschen mit Behinderung ein.

Die Lebenshilfe sagt:

Es ist normal verschieden zu sein.

Die Lebenshilfe hat für das Wahlrecht für alle gekämpft.

Denn:

Alle gehören zur Gesellschaft, niemand soll ausgeschlossen sein.

Die Alternative für Deutschland ist eine Partei. Kurz: AfD.

Die AfD wertet Menschen ab, die Unterstützung brauchen.

Zum Beispiel: Menschen aus anderen Ländern,

Menschen mit Behinderung und Krankheiten.

Die AfD grenzt Menschen damit aus.

Auch andere Gruppen in Deutschland machen das.

Das nennt man „Rechts-Populismus“.

Die Lebenshilfe steht für Teilhabe und Vielfalt.

Daher hat sie beschlossen:

AfD und Lebenshilfe passen nicht zusammen.

Es ist wichtig, dass die Lebenshilfe sagt:

Wir finden schlecht, was die AfD macht.

Auch viele andere Verbände sagen das.

Sie haben einen gemeinsamen Text geschrieben:

Wir sind für Menschlichkeit und Vielfalt.

Er steht am Ende dieses Heftes.

In diesem Heft steht außerdem:

So können sich Lebenshilfe-Vereine gegen die AfD wehren.

So können sie gut für eine vielfältige Gesellschaft kämpfen.

## Dafür steht die Lebenshilfe

Die Bundesvereinigung Lebenshilfe mit ihren 16 Landesverbänden und rund 500 örtlichen Vereinigungen bekennt sich zu den Werten des Grundgesetzes. Die

Lebenshilfe steht für Offenheit, Vielfalt, Teilhabe und Inklusion. Sie tritt entschieden gegen jegliche Form der Ausgrenzung und Diskriminierung ein.

## Dafür steht die AfD

Die rechtspopulistische Partei „Alternative für Deutschland“ (kurz: AfD) steht für das genaue Gegenteil. Sie stellt unsere Demokratie in Frage, lehnt eine inklusive Gesellschaft ab und grenzt Menschen aus, die nicht ins deutsch-nationale Weltbild der AfD passen. Fakten werden dabei bewusst verzerrt und verfälscht. Tabubrüche und menschenverachtende Sprache sind an der Tagesordnung. Wut und Angst werden geschürt, Beleidigungen und sogar Gewalttaten in Kauf genommen. Das führt zu einer Spaltung der Gesellschaft und einer immer stärkeren Radikalisierung der AfD.

Ihre Jugendorganisation „Junge Alternative“ (JA) und der innerparteiliche sogenannte „Flügel“ um den thüringischen AfD-Landesvorsitzenden Björn Höcke wurden und werden seit einiger Zeit schon vom Verfassungsschutz beobachtet und als verfassungsfeindliche, rechtsextremistische Verdachtsfälle eingestuft. Der Flügel hat sich zwar mittlerweile formal aufgelöst, die meisten seiner Vertreter\*innen sind aber weiter

in der AfD an führender Stelle aktiv. Mehrere Landesverbände wurden bereits als rechtsextremistischer Verdachtsfall eingestuft und seit dem 3. März 2021 auch deutschlandweit die gesamte AfD. Allerdings hat zwei Tage später das Verwaltungsgericht Köln die vollständige Beobachtung vorerst untersagt, weil die Einstufung der gesamten AfD als Verdachtsfall öffentlich geworden war.

Auf der Suche nach neuen Wählergruppen verfolgt die AfD auch neue Strategien: Aktuell gibt sie vor, Forderungen sozialer Verbände zu übernehmen. Auf diese Weise will die AfD in den Medien positiver erscheinen und sich für von Ausgrenzung und Diskriminierung bedrohte Gruppen attraktiv machen. Ganze Wortpassagen aus Lebenshilfe-Positionierungen haben bereits Einzug in Forderungen der AfD gefunden. Auch die Corona-Pandemie will die AfD für sich nutzen und sucht mit Unterstützung der Querdenken-Demonstrationen die Nähe zu engagierten zivilgesellschaftlichen Gruppen.

## Lebenshilfe und AfD sind unvereinbar!

Am 21. März 2017 haben der Bundesvorstand der Lebenshilfe und die Bundeskammer (Gremium aller Landesvorsitzenden) in einem gemeinsamen Beschluss deutlich gemacht, dass Lebenshilfe und AfD unvereinbar sind. Mit dem Appell „Wachsam sein für Menschlichkeit“ und einer großen Anzeige in der Frankfurter Allgemeinen Sonntagszeitung vom 22. April 2018 reagierte die Bundesvereinigung Lebenshilfe gemeinsam mit anderen Verbänden auf eine Anfrage der AfD im Bundestag. Die AfD-Fraktion erkundigte sich vordergründig nach der Zahl behinderter Menschen in Deutschland. Dabei gaukelte sie jedoch in

bösartiger Weise einen abwegigen Zusammenhang von Inzucht, behinderten Kindern und Migrant\*innen vor. Die AfD-Anfrage erinnerte an die dunkelsten Zeiten der deutschen Geschichte, in denen Menschen mit Behinderung das Lebensrecht aberkannt wurde und sie zu Hunderttausenden Opfer des Nationalsozialismus wurden.

Am 22. November 2019 wandten sich die Lebenshilfe und andere Verbände erneut gegen eine Anfrage der AfD – dieses Mal mit einer Anzeige in der Süddeutschen Zeitung. Es ging um Straftaten und das

angebliche Gefahrenpotential von psychisch kranken Flüchtlingen. Die AfD-Fraktion im Bundestag erkundigte sich vordergründig und ausgehend von Einzelfällen nach Daten über eine nach Meinung der AfD bestehende Bedrohung der Gesellschaft. Geflüchtete Menschen, die traumatisiert oder psychisch krank sind, wurden damit unter Generalverdacht gestellt.

Für das Superwahljahr 2021 hat die Bundesvereinigung Lebenshilfe in enger Zusammenarbeit mit dem Paritätischen Gesamtverband die Aktion „WIR für Menschlichkeit und Vielfalt“ entwickelt, an der sich mehr als 350 Organisationen (Stand 09. März 2021) beteiligen. Die Aktion ist eine deutliche Absage an Ideologien der Ungleichwertigkeit, wie sie etwa von der AfD auch heute wieder propagiert wird. Ziel der Aktion ist, dass die Bürger\*innen ihre Stimme bei den vielen Wahlen in diesem Jahr für Demokratie und Freiheit einsetzen und an der Urne rechten Kräften keine Chance geben.

Wer einmal glaubte, die AfD werde bald wieder in der

Versenkung verschwinden, hat sich geirrt. Angesichts

- der Wahlerfolge der AfD,
  - der gewalttätigen Auswüchse bei Demonstrationen fremdenfeindlicher Gruppen wie der AfD-nahen „PEGIDA“ (Abkürzung für: Patriotische Europäer gegen die Islamisierung des Abendlandes),
  - der Übergriffe und Anschläge auf jüdische Bürger\*innen und Einrichtungen unseres Landes,
  - der breiten Unterstützung der Querdenken-Demonstrationen, die von den Organisatoren akzeptiert wird,
  - der Attentate auf Politiker\*innen und Mitbürger\*innen mit Migrationshintergrund,
  - der Angriffe auf die Symbole der deutschen Demokratie wie bei den Tumulten vor und im Berliner Reichstag 2020
  - und der zahllosen Hass-Kommentare im Internet
- ist es unerlässlich, dass sich die Zivilgesellschaft der AfD entgegenstellt und ihr konsequent den Nährboden entzieht, wie wir es auch mit der gemeinsamen Aktion „WIR für Menschlichkeit und Vielfalt“ tun.

**Die Bundesvereinigung Lebenshilfe gibt daher folgende Empfehlungen:**

## Laden Sie die AfD nicht zu Lebenshilfe-Veranstaltungen ein!

Weil die AfD jede Gelegenheit nutzt, ihre menschenverachtenden Ansichten zu verbreiten, rät die Bundesvereinigung davon ab, AfD-Vertreter\*innen zu Lebenshilfe-Veranstaltungen wie Vereinsfeste, Tage

der offenen Tür oder die Eröffnung neuer Einrichtungen einzuladen. Bieten Sie der AfD keine Bühne. Sie allein haben das Hausrecht und entscheiden, wen Sie einladen und wen nicht.

## Seien Sie bei politischen Veranstaltungen gut vorbereitet!

Wenn Sie beispielsweise in Wahlkampfzeiten eine politische Diskussion mit den Kandidat\*innen der im Parlament vertretenen Parteien planen, dann gelten auch in diesem Fall ihre Gestaltungsfreiheit und das Hausrecht. Sie müssen die AfD nicht einladen. Es ist vertretbar, nicht alle Parteien und ihre Kandidat\*innen

einzuladen. Falls Sie sich dennoch dazu entschließen, AfD-Vertreter\*innen zu beteiligen, sollten Sie gut vorbereitet sein:

- Wappnen Sie sich mit inhaltlichen Argumenten.
- Spielen Sie vorab Szenarien durch, wie die Diskussion verlaufen könnte.

- Stellen Sie klare Regeln für den Umgang miteinander auf: Lassen Sie nur Sachargumente, aber keinesfalls Provokationen und Beleidigungen zu. Verweisen Sie auf das Grundsatzprogramm der Lebenshilfe, das eine inklusive Gesellschaft einfordert und jegliche Ausgrenzung ablehnt.
- Engagieren Sie eine Moderator\*in, die den rhetorisch bestens geschulten AfD-Vertreter\*innen gewachsen ist.
- Rechnen Sie immer damit, dass auch im Publikum AfD-Anhänger\*innen sein könnten. Das gilt auch für Gäste anderer Lebenshilfe-Veranstaltungen.
- Engagieren Sie gegebenenfalls Sicherheitspersonal, das Störer\*innen aus dem Saal weisen kann.

## Geben Sie der AfD keine Chance, sich als Opfer darzustellen!

Wird die AfD von Veranstaltungen ausgeschlossen oder selbst hart attackiert, sieht sie sich gerne in der Opfer-Rolle. Halten Sie dem entgegen, dass die AfD ständig und vorsätzlich – wie oben

beschrieben – gegen Regeln des Anstands und der Demokratie verstößt und daher nicht erwarten kann, zu Veranstaltungen eingeladen zu werden. Verweisen Sie auch hier auf das Grundsatzprogramm der Lebenshilfe.

## Weisen Sie Unterstützungsangebote und Einladungen der AfD zurück!

Wenn Sie ein Projekt planen, gehen Sie keine Kooperation mit der AfD ein, lassen Sie sich zum Beispiel auf keinen Handel mit der AfD-Fraktion im Gemeinderat ein. Nehmen Sie von der AfD weder Spenden noch andere Unterstützungsangebote an.

Es kann vorkommen, dass die AfD Sie als Vertreter\*in der Lebenshilfe zu einem Fachgespräch oder einer anderen Veranstaltung einlädt oder bei Anhörungen befragt. Auf diese Weise will sich die AfD einen demokratischen Anstrich geben und gesellschaftliche Akzeptanz vortäuschen. Lassen Sie sich nicht vor den

Karren der AfD spannen. Lehnen Sie die Einladung mit Verweis auf unser Lebenshilfe-Grundsatzprogramm, der gemeinsamen Erklärung „WIR für Menschlichkeit und Vielfalt“ und der davon abweichenden Haltung der AfD ab. Erläutern Sie bei Anhörungen Ihre grundsätzliche Position und vermeiden Sie es, auf die Übernahme von Positionen der Zivilgesellschaft durch die AfD positiv einzugehen. Steht Ihnen eine solche Situation bevor, bereiten Sie sich darauf gezielt vor und stärken sich mit Unterstützung anderer.

## Schweigen Sie nicht, wenn sich die AfD in Ihrer Region diskriminierend verhält!

Um der AfD zu zeigen, dass die Mehrheitsgesellschaft auf der Seite der Demokratie steht, bilden Sie regionale Bündnisse für Inklusion und üben Sie Solidarität mit Menschen, die von der AfD diskriminiert werden. Geben Sie auch gemeinschaftliche Statements gegen-

über der Öffentlichkeit ab, wie etwa die Erklärung aus der Aktion „WIR für Menschlichkeit und Vielfalt“ oder wie die Bundesvereinigung Lebenshilfe mit den oben genannten Zeitungsanzeigen.

## Machen Sie Lebenshilfe-intern deutlich, dass Sie menschenverachtende Äußerungen und Handlungen von Mitarbeitenden und Mitgliedern nicht dulden!

Stellen Sie sicher, dass allen in Ihrer Vereinigung (Mitgliedern und Mitarbeitenden) bekannt ist, dass Lebenshilfe und AfD nicht vereinbar sind. Überprüfen Sie Ihre Satzung und Arbeitsverträge, ob Sie im

Falle von menschenverachtenden Äußerungen und Handlungen rechtliche Schritte einleiten können. Zum Beispiel wenn Mitarbeitende über Facebook oder andere soziale Netzwerke Hass-Kommentare verbreiten.

## Stellen Sie Informationen zum Umgang mit der AfD zur Verfügung und bieten Sie Fortbildungen an!

Oft gibt es im Verein und in der Belegschaft große Unsicherheiten im Umgang mit Vertreter\*innen der AfD und große Unkenntnis über das wahre Gesicht der AfD. Daher bitten wir Sie nachdrücklich, die Empfehlungen der Bundesvereinigung Lebenshilfe allen in Ihrer Vereinigung zugänglich zu machen. Zudem

sollten Sie regelmäßig interne Fortbildungen zu Strategie und Inhalten der AfD durchführen. Verbunden mit Argumentationstrainings, rechtlichen Tipps und Schulungen in der Öffentlichkeitsarbeit, wie etwa ein durch AfD-Anhänger\*innen ausgelöster Shitstorm in Ihren Sozialen Netzwerken bewältigt werden kann.

# Erklärung „WIR für Menschlichkeit und Vielfalt“

[www.wir-fmv.org](http://www.wir-fmv.org)



## Eintreten für Menschlichkeit und Vielfalt!

Als Initiativen, Einrichtungen und Verbände, die sich für Inklusion und Teilhabe von Menschen mit Behinderung oder psychischer Beeinträchtigung einsetzen, wenden wir uns gegen jegliche Form von Ausgrenzung und Diskriminierung. Wir treten ein für Menschlichkeit und Vielfalt.

Und wir sind nicht alleine: Wir stehen für Millionen Menschen in Deutschland, die das Auftreten und die Ziele von Parteien wie der Alternative für Deutschland (AfD) und anderer rechter Bewegungen entschieden ablehnen. Die AfD hat vielfach gezeigt, dass sie in ihren Reihen Menschen- und Lebensfeindlichkeit duldet. Sie fördert Nationalismus, Rechtspopulismus und Rechtsextremismus.

Diese Entwicklung macht uns große Sorgen. Denn heute ist wieder an der Tagesordnung, was in Deutschland lange als überwunden galt: Hass und Gewalt gegen Menschen aufgrund von Behinderung, psychischer und physischer Krankheit, Religion oder Weltanschauung, sozialer oder ethnischer Herkunft, Alter, sexueller Orientierung und geschlechtlicher Identität sowie nicht zuletzt gegen Personen, die sich für eine offene und vielfältige Gesellschaft engagieren.

Das ist nicht hinnehmbar und muss aufhören! Wir sagen NEIN zu jeglicher Ideologie der Ungleichwertigkeit von Menschen. Die Würde des Menschen ist unantastbar!

Wir setzen uns deshalb dafür ein, dass:

- sich Hass und Gewalt nicht weiter ausbreiten können,
- niemand das Recht auf Leben von Menschen mit Behinderungen in Frage stellen darf und
- Menschen nicht ausgegrenzt, benachteiligt und diskriminiert werden.

**Wir lassen nicht zu, dass in Deutschland eine Stimmung erzeugt wird, die unsere Gesellschaft spaltet. Wir setzen uns ein für eine menschliche und lebenswerte Zukunft für uns alle!**

[www.wir-fmv.org](http://www.wir-fmv.org)

#wfmv2021



# Erklärung „WIR für Menschlichkeit und Vielfalt“ in Leichter Sprache

## Wir wollen ein Land für alle sein!

Alle Menschen gehören dazu.

Es ist egal:

- woher ein Mensch kommt
- und ob er eine Behinderung hat.

Niemand darf ausgeschlossen werden.

Davon sind viele Vereine und Einrichtungen überzeugt.

Zum Beispiel:

- die Diakonie

Das ist der Wohlfahrts-Verband der evangelischen Kirchen.

- die Lebenshilfe

Das ist der Selbst-Hilfe-Verband für Menschen mit Behinderung.

- der Anthropoi Bundesverband und die Anthropoi Selbsthilfe,
- der Bundesverband für körper- und mehrfach-behinderte Menschen
- und der Paritätische Wohlfahrts-Verband.

Diese Vereine setzen sich für Menschen mit Behinderung ein.

Oder für Menschen mit psychischen Erkrankungen.

Alle Menschen gehören dazu.

Mit dieser Meinung sind die Vereine und Einrichtungen **nicht** allein.

Sehr viele Menschen in Deutschland finden das auch.

Trotzdem gibt es viel Hass und Gewalt in Deutschland.

Schuld daran sind auch Gruppen und Parteien wie die AfD.

AfD ist die Abkürzung für: **A**lternative für **D**eutschland.

Der Hass und die Gewalt machen vielen Menschen große Sorgen.

Darum wehren sich jetzt Vereine und Einrichtungen dagegen.



## Das fordern die Vereine und Einrichtungen

Unsere Vereine und Einrichtungen haben sich zusammen getan.

Damit wir gemeinsam vor Hass und Gewalt warnen können.

Die Vereine und Einrichtungen sagen:

Der Erfolg von Parteien wie der AfD macht uns große Sorgen.

Denn die AfD grenzt viele Menschen aus.

Das muss aufhören!

Weil alle Menschen gleich viel wert sind.

Niemand darf die Würde von einem Menschen verletzen.



### Dafür setzen wir uns ein:

- Es darf **nicht** noch mehr Hass und Gewalt geben.
- Menschen mit Behinderung haben ein Recht auf Leben.
- Alle Menschen sollen gleich behandelt werden.  
Niemand darf ausgeschlossen werden.  
Niemand darf benachteiligt werden.

### Das ist unser Ziel:

**Die Menschen in Deutschland sollen zusammenhalten.**

**Alle Menschen sollen eine gute Zukunft haben.**



## Weitere Informationen und Materialien:

Vertiefende Informationen zu Rechtsextremismus und Rechtspopulismus gibt es auf:

[www.amadeu-antonio-stiftung.de](http://www.amadeu-antonio-stiftung.de)

Broschüre von DER PARITÄTISCHE GESAMTVERBAND

Umsetzung des „Positionspapiers zu Rechtsextremismus und Politik der AfD“, insbesondere in Wahlkampfzeiten  
Hinweise und Tipps zur Durchführung von Informations- und Diskussionsveranstaltungen ohne AfD-Vertreter\*innen:

<https://www.der-paritaetische.de/publikationen/umsetzung-des-positionspapiers-zu-rechtsextremismus-und-politik-der-afd-insbesondere-in-wahlkampf/>

Bundesvereinigung Lebenshilfe e.V.  
Raiffeisenstraße 18  
35043 Marburg  
Tel. 06421 491-0, Fax 06421 491-167

Hermann-Blankenstein-Straße 30  
10249 Berlin  
Tel. 030 206411-0, Fax 030 206411-204

[bundesvereinigung@lebenshilfe.de](mailto:bundesvereinigung@lebenshilfe.de)  
[www.lebenshilfe.de](http://www.lebenshilfe.de)

